

Arbeitspapier:

## **2. NETZWERKE PARASTAATLICHER UND PARAMILITÄRISCHER AKTEURE**

### **I Staatliche Gewaltapparate: Geheimdienste, Polizei, Militär**

Arbeitsgruppe:

#### **I. 1. "Soldatische Männer/Männerphantasien"**

Marianne Kreutzer

Thomas Schmidinger

#### **I. 2. Geheimdienste**

Christiane Kängela

Gert Krammer

Güler Aycin

#### **I. 3. Polizei:**

Katharina Graisy

Marcus Strohmeier

Martina Wurzer

#### **I. 4. Militär:**

Andrea Morawetz

Roman Schmideder

Annabell Papp

## I. 1. "Soldatische Männer/Männerphantasien"

### Klaus Theweleit: „Männerphantasien“

Soldaten, Polizisten und Geheimdienstagenten sind mit wenigen Ausnahmen der jüngsten Vergangenheit v.a. auch eines: Männer. Insofern lohnt es sich auch **aus der Perspektive der Geschlechterverhältnisse** einen Blick auf diese Männer zu werfen, die Klaus Theweleit als „soldatische Männer“ bezeichnet. Für eine Studie über die Freicorpssoldaten der Weimarer Republik las Theweleit die Memoiren von ehemaligen Freicorpssoldaten sowie Landserromane, die genau über jene Personengruppe fiktive Geschichten verbreiteten. Dabei fiel ihm das Frauenbild dieser Personengruppe auf, das von der Angst vor und der Aggression gegen Sexualität im Allgemeinen und gegen weibliche Sexualität im Besonderen geprägt war. Insbesondere sexuell aktive Frauen, verkörpert in der proletarischen Frau, wurden als weit schlimmere Bedrohung wahrgenommen denn ihre Männer. Die bolschewistische Frau, das „Flintenweib“, ist das schlimmste Feindbild dieser soldatischen Männer. Dabei spielt die Angst vor der Kastration durch die den Penis in sich aufnehmende Vagina eine wichtige Rolle. Immer wieder tauchen in den Romanen und Memoiren soldatischer Männer kastrierte Männer auf, die Opfer von „Flintenweibern“ geworden sein sollen, die ihre Pistole „unter dem Rock hervorholten“, laut Theweleit also als Frauen mit Penis gesehen wurden.

**Kultur/Heer:** Für die kriegsverherrlichenden Autoren und Chronisten des 1. Weltkrieges wie etwa Ernst Jünger, tut sich die Gleichung auf: Kultur = Bataillone. Die Freikorps wurden nach der Niederlage von 1918 somit zu den „einzigsten Trägern von Kultur“. Kultur funktioniert in der von Theweleit untersuchten Literatur als Kernbegriff des „Männlichen“. Der Begriff fasst hier alle Traditionen des Soldatischen zusammen. *„Das hohe Ansehen, das deutsche „Kultur“ im Inland genießt, entspringt der Verehrung von Männerherrschaft und Militarismus.“* Wenn jene, die freies Denken und Schaffen hassen, mit Emigration oder Tod bedrohen, es im Namen der „deutschen Kultur“ tun können, ist das kein Widerspruch. Eine wichtige Rolle als sozialer Ort, aus dem die „Kultur“, die sich im Krieg realisiert, sind Knabenbünde, in

denen sich „Mädchen nur als an den Marterpfahl gebundene verirrt.“  
(Indianerspiele, Welteroberungsträume, Adelsphantasien)

**Masse/Volk/Rasse/Nation:** Die Masse wird versinnbildlicht im Schreckensbild der gesellschaftlichen Realität (Arbeitsplatz, Ehe, Miete, Zivilleben, Lohnarbeit). Hass auf moderne Realität, Panik vor sozialem Abstieg „in den Schweinestatt“ (der Masse). Zum Gegenbild der Masse, also des Proletariats, wird die Rasse entworfen: Als äußere Organisationsform der Männerkultur erschien das Heer als quasi-natürlich, auf den Körper des soldatischen Mannes bezogen. Seine entsprechende Organisationsform war die Rasse. Die Nation (als Vorstufe zum Reich) steht über dem Volk, sie gestaltet und herrscht über das „Rohmaterial Volk“. Nation besteht ausschließlich vom harten Kern der Front, bezeichnet auch den inneren Kampf des Mannes „bei seiner Mannwerdung“ (zwischen Leben und Tod, Männlichkeit und Weiblichkeit, Erfüllung und Nichts). Klassenkampf würde „Ganzheit“ oder „Einheit“ spalten, die Existenz von Klassen bedeutet den Tod für den soldatischen Mann: Das Untere, die Frau, hätten als Klasse das Recht sich zu wehren. Nur Herrschaft kann ihn retten.

**Faschismus:** Theweleits Beitrag zur Faschismustheorie weist auf die Verschleierungskraft des „Mythos Fronterlebnis“ bezüglich der Genese des deutschen Faschismus hin. Nicht der Krieg brachte den Faschisten hervor, auch nicht die ökonomische Krise der Nachkriegszeit (diese hätte ebenso in einer proletarische Revolution münden können) – es war die Erziehung zum Krieg, die Pervertierung des Frau/Mann-Verhältnisses zu einem Verhältnis der Anti-Produktion („Zeugung ohne Frau“), die in den von ihm untersuchten Romen, Biografien, usw. deutlich zur Sprache kommt. Statt Faschist gebraucht T. den Begriff des „soldatischen Mannes“.

Band 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte

Band 2: Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors

Erstmals erschienen 1977, 1978 – Taschenbuchausgabe Serie Piper, 2000.

## **I. 2. Geheimdienste:**

### **Begriffsklärung**

Über die Verwendung des Begriffs „Geheimdienst“ gibt es keine Einigung. In Lexika wird meist auch auf den Begriff „Nachrichtendienst“ verwiesen. Ebenso findet sich die Kombination „Geheimer Nachrichtendienst“ oder aber auch nur „Dienst“ in der Literatur.

Unter den verschiedenen Begriffen versteht man im allgemeinen aber eine Organisation die Nachrichten/Daten über innere und äußere Feinde eines Staates sammelt und auswertet. Die Bekämpfung/Abwehr politischer, militärischer und wirtschaftlicher Spionage stehen ebenfalls im Zentrum der Tätigkeit von Geheimdiensten. In demokratischen Staaten ist in der Regel die Arbeit von Auslandsnachrichtendiensten und Sicherheitsdiensten für das Inland getrennt organisiert. Ebenso ist es die Regel, dass Geheime Nachrichtendienste keine polizeiliche oder sonstige Exekutivbefugnisse haben (Wieck 1995 S 1). In totalitären oder diktatorischen Regimen fallen beide oft zusammen und unter die Befugnis des herrschenden totalitären oder diktatorischen Regimes . Der Geheimdienst stellt dort oftmals das Kernstück des inneren Unterdrückungsapparates zur Sicherstellung der Macht dar.

Demokratie und Geheimdienst unterliegen von Anfang an anderen Gesetzmäßigkeiten, die einander im Grunde ausschließen, da die geheime Tätigkeit eine Macht beansprucht, zu der die Öffentlichkeit keinen Zugang hat. Ein Geheimdienst widerspricht also eigentlich dem demokratischen Prinzip, dass alle Einrichtungen und Handlungen des Staates auf den Willen der BürgerInnen rückführbar sein müssen und die Einhaltung dieses Prinzips vom Bürger kontrollierbar sein muss. Da es über Geheimdienste und deren Tätigkeit aber keine oder nicht ausreichende Information gibt, ist die Kontrolle nicht möglich. Als Argumente zur Beibehaltung der Geheimdienste, werden das „Gleichgewicht der

Kräfte und Mittel“ und die Notwendigkeit, dass eine Regierung ihre Entscheidungen möglichst langfristig absichern muss, vorgebracht. (Purkhart 1998 S 14). Wieck führt als Argument für Geheimdienste auch den praktisch unbegrenzten Bedarf der Regierungen an Informationen über politische, militärische, technologische und wirtschaftliche Entwicklungen an, insbesondere wenn aus dem Umfeld Gefahren für die eigene Sicherheit oder Interessenslage entstehen können.

Der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes (1985-1990) Hans Georg Wieck schreibt dazu:

„Hinsichtlich nachrichtendienstlich zulässiger Mittel gilt, daß aus ethischen und politischen Gründen nur solche Maßnahmen geduldet werden können, die bei ihrer Bekanntgabe von der Öffentlichkeit akzeptiert würden. Das ist eine pragmatische Antwort auf eine schwierige Frage. Auszuschließen sind: Tötung (Mord), Folter, Entführung, Diebstahl, also praktisch alle kriminellen Handlungen. (...)

Die Internationale Diskussion verdeutlicht das Dilemma, einerseits im Interesse der Arbeitsfähigkeit und der Auftragserfüllung der Dienste, also der Durchführung ihrer Aufgaben, die Dienste vor den Augen der Öffentlichkeit abzuschirmen, andererseits aber auch dem Anspruch der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen gerecht zu werden, keinen rechtsfreien und keinen straffreien, keinen politisch kontrollfreien Raum entstehen bzw. fortbestehen zu lassen.“ (Wieck 1995 S 47)

### **Struktur und Organisation von Geheimdiensten:**

Nach Würkner können grundsätzlich drei historisch gewachsene Systeme unterschieden werden (Würkner 1991 S 45).

#### **- Das französische System**

Der Geheimdienst ist stark zentralistisch organisiert. Er ist in das Justiz- oder Innenministerium eingegliedert. Hier hat der GD Exekutivgewalt und Weisungsrecht auf die Polizeibehörden. In der Literatur wird dieses System als ein sehr effektives beschrieben. Allerdings birgt es aber vom demokratischen Standpunkt aus „polizeistaatliche“ Gefahren. Neben Frankreich werden diesem System Belgien, Dänemark, Italien und zum Teil USA, Schweiz und Österreich zugerechnet.

#### **- Das englische System**

Der Geheimdienst untersteht dem Innenministerium ist eher föderativ organisiert und hat keine Exekutivgewalt. Er muss für Festnahmen, Verhöre etc. auf die

Exekutivbehörden zurückgreifen. Diesen hat er ausreichendes Beweismaterial vorzulegen. Der Nachteil dieses Systems liegt vor allem darin, dass nicht schnell reagiert werden kann und zu viel Personen in „heikle“ Details eingeweiht werden müssen. Dafür sind die BürgerInnen vor Übergriffen besser geschützt. Neben England wird dieses System auch in den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland angewandt.

#### - Das totalitäre System

Der Geheimdienst ist ein wesentlicher Machttträger des politischen Systems und arbeitet in dessen Interesse mit praktisch unbegrenzten Kompetenzen. Diese polizeistaatliche, extrem zentralistische Struktur kann sich derart entwickeln, dass der Geheimdienst zum eigentlichen Träger der Macht wird. Als Vertreter dieses Systems müssen alle totalitären Staaten angesehen werden, wenngleich die Leistungsfähigkeit und „Legalisierung“ der einzelnen Dienste unterschiedlich ist.

#### **Die parastaatlichen oder paramilitärischen Aspekte von Geheimdiensten**

In Diktaturen oder totalitären Regimen werden die Geheimdienste oft selbst zu den Machthabern. Aber auch in Demokratien finden sich Paramilitärs die geheim operieren und ebenso große Macht ausüben. So zum Beispiel die Geheimarmee Gladio, von der man als einer streng geheimen Nato-Guerilla-Abteilung und Aufklärungs- und Sabotagegruppe spricht. Sie wurde in fast allen politisch bedeutenden westlichen Demokratien installiert. Sie ist offiziell der NATO unterstellt, dem „Allied Coordination Committee“. Allerdings wussten von ihrer Existenz selbst die betroffenen Regierungen westlicher Staaten, in denen Gladio-Truppen stationiert waren, nichts.

Laut der TAZ vom 5.6.2002 hat der US-Geheimdienst CIA eine neue paramilitärische Einheit geschaffen, um Terroristen im Ausland zu verfolgen. Wie aus Regierungskreisen in Washington verlautet wurde, ist die streng geheime Truppe direkt der Anti-Terrorismus-Zentrale des CIA unterstellt.

In Russland existieren neben der eigentlichen Armee separate Spezialeinheiten und Paramilitärs. Diese sind zum Teil dem Innenministerium oder dem Geheimdienst FSB unterstellt.

## **Kurzüberblick: Die historische Entwicklung der Geheimdienste/**

### **Nachrichtendienste**

Das Wort „Spionage“ tritt erst am Ende des Mittelalters in Frankreich zum ersten Mal in Erscheinung, jedoch sind die Ursprünge und Wurzeln der „Aufklärungsarbeit“ schon viel früher aufzufinden.

Schon *Moses* betreibt auf Anweisung Jahwes Aufklärungsarbeit, als er „die besten Männer“ ausschickt um das Land Kanaan zu erforschen.

Auch manche Pharaonen riefen ihre Knechtschaft auf, andere auszukundschaften und die Ergebnisse mittels Feuerzeichen, sowie durch ein Kuriersystem zu verbreiten.

Die ersten Nachrichtendienste entstanden im Altertum in nahezu allen großen Reichen, und dienten meistens dem Machthaber, um innerhalb und außerhalb des eigenen Machtbereiches auf dem laufenden zu bleiben.

Ägypter, Hethiter, Assyrer, Griechen, Perser – alle verfügten über diverse Kundschafter, Postsysteme, Geheimpolizei oder anderer Informationsquellen, die oftmals als „Augen und Ohren“ des Machthabers gesehen werden.

„Erwartungsgemäß ist es der geniale *Gajus Julius Caesar* (100-44v. Chr.) unter dem das römische Nachrichtenwesen seine erste Blüte erlebt. Caesar erwähnt selbst mehrmals in „*De bello Gallico*“, dass er von seinen Geheimagenten, meist als Kaufleute getarnt, über die Lage in Gallien am laufenden gehalten wird. Seine Feldzüge bereitet er nicht nur mit Aufklärung, sondern auch mittels subversiver Agenten vor, die wichtige Stämme zu Koalitionen mit den Römern motivieren sollen.“  
(Würkner, S 11)

Auch *Hannibal*, der entschlossen war gegen Rom in den Krieg zu ziehen, wollte sich nach der Niederlage im ersten punischen Krieg, im Zweiten nicht mehr ausschließlich auf den Kampfgeist, sondern vielmehr auf Informationsverbreitung verlassen. Aus diesem Grund wurden „Wasseruhren“ eingesetzt, welche wichtige Informationen durch den Wasserstand und zwei Signalfackeln erkennen ließen.

Hannibal verfügte somit über ein eigenes „Netzwerk“ und konnte wegen der zuverlässigen Informationen seine Operation ungefährdet durchführen.

Selbst Napoleon I. wusste um die Bedeutsamkeit seiner Spione Bescheid :

„Ein Spion am rechten Ort ersetzt zwanzigtausend Mann an der Front!“ (Wilhelm Ritter von Schramm, S 447)

Im 20. Jahrhundert erfolgen durch die technische Revolution, insbesondere durch die Entwicklung der Elektronik, große Sprünge auf dem Gebiet der Spionage und Nachrichtenvermittlung. Funk, Abhörmethoden und Mikrophotographie erschließen neue Möglichkeiten, um an benötigte Informationen zu kommen.

„Hitler hatte Sinn für den Geheimdienst, gewiss, aber eigentlich nur in der Erscheinungsform der Ausspähung, der Spionage. Was seine immer aggressivere Phantasie reizte, war nicht das sachliche Wissen über den Feind, sondern das Abenteuer der geheimen Nachrichtenbeschaffung.“ (Wilhelm Ritter von Schramm, S 230)

Auch die Geschichte der Sowjetunion ist von Beginn an aufs Engste mit Geheimdienstoperationen verknüpft. Aus dem 2. Weltkrieg gingen zwei große Spionageringe hervor, welchen wegberaubende Bedeutungen zukamen und im Kalten Krieg manifestierten sich zunehmend stärkste Aktivitäten an der Geheimdienstfront .

„Entsprechend der Intensität und des Umfanges der verschiedenen Operationen muss mit einem gewissen Prozentsatz an Enttarnungen gerechnet werden, die auch eintreffen.“ (Würkner, S 73)

In der Sowjetunion gab es keine Kontrolle der Geheimdienste, sondern diese kontrollierten vielmehr alle anderen Bereiche. Die Mittel waren somit fast unbegrenzt.

### **Exkurs: Frauen im Geheimdienst**

In der Spionageliteratur spielen vorwiegend schöne Frauen eine Rolle und solche, die tragisch endeten. Insbesondere während den Kriegszeiten war der Einsatz von Frauen für Spionagetätigkeiten unerlässlich.

Die Vorzüge der Frauen sind vielseitig. Frauen ziehen in gegnerischen Ländern gewöhnlich weniger Aufmerksamkeit der Abwehrorgane auf sich als Männer. Sie eignen sich v.a. für die Forschung nach Personen, die zur Mitarbeit gewonnen

werden können und für den Kurierdienst, da sie sich unauffälliger in die Nähe der auszuspähenden Objekte begehen können (wenn nötig: Rollenwechsel).

Eine der berühmtesten Frauen im Geheimdienst war Mata Hari. Sie wurde am 15. Oktober 1917 wegen Spionage für den deutschen Nachrichtendienst zum Tode verurteilt und von einem französischen Exekutionskommando erschossen. Mata Hari schaffte es bis in alle großen Tageszeitungen der Welt und ihre Person wurde zu einem literarischen Bestseller. Ihr richtiger Name lautete Margaretha Gertruida Zelle. Sie verdiente sich ihr Geld als Prostituierte und Nackttänzerin, wo sie erfolgreiche Arbeit leistete.

Vor allem im II. Weltkrieg spielten Frauen im Geheimdienst eine sehr wichtige Rolle. Der englische und französische Geheimdienst haben in der Praxis viele Frauen als Spione, Kurier, Funker und als Gehilfen von Saboteuren eingespannt. Hingegen dienten Frauen dem deutschen Geheimdienst v.a. als Schreibkräfte und waren fast nur im Bürodienst tätig; aber auch für die militärische Erkundung und Abwehr feindlicher Spionage, für das Aufspüren und die Beschattung von Verdächtigen.

### **CIA in Kuba**

CIA konzentrierte sich fast ausschließlich auf Fidel Castro. Jedes Mittel war der CIA willkommen, sie schreckten sich auch nicht davor diese einzusetzen. Beispiele dafür:

- Castros Zigarren mit tödlichem Mittel präparieren
- Plan: Castros Bart sollte mit Thallium- Verbindungen für Haarausfall auf Kinn und Wangen sorgen und so sein Image ankratzen
- Tauchanzug sollte so mit einem Pilz präpariert werden, dass dieser eine unheilbare Hautkrankheit hervorrufen sollte
- Giftpillen etc.

### **KGB in Russland**

In Russland herrscht nach wie vor der Ex-KGB (heute: FSB; Inlandsgeheimdienst) und mit ihm auch dessen Exchef Wladimir Putin. Schlagzeilen wie „Ex- KGB lässt Köpfe rollen“ oder „Der Ex-KGB siegt“ sind heute noch aktuell. Bis zum Amtsantritt als Präsident hatte Putin die Funktion des FSB- Direktors inne.

Dieser angeblich abgeschlossenen Karriere verdankt er heute die Tatsache, dass er nach Belieben seine Verbindungen einsetzen kann. So z.B. bei der Verhaftung von

Michail Chodorkowski, der inzwischen sein Amt als Yukos- Konzernchef zurückgelegt hat. Er unterstützte die liberalen Parteien in der Duma und dies wurde ihm zum Verhängnis (und auch sein Vermögen). Die FSB-Generäle hegen Ambitionen, die Kontrolle der Industrie- und Finanzimperien der russischen Superreichen zu beherrschen. Ebenso wollen sie ihre Expansion in der Duma fortsetzen und die Oberhand über die Regierung gewinnen.

#### **Literaturverzeichnis:**

AFP (2002). Kampf gegen Terror. CIA schafft Paramilitär, in: Die Tageszeitung/taz, Nr. 6766, 5.Juni.2002, S 2

NEUBERGER Günter/OPPERSKALSKI, Michael (1983) CIA in Mittelamerika. Bornheim- Merten S, 105- 132

PLOTT Gerhard (2003). Ex- KGB lässt im Kreml Köpfe rollen, in: Der Standard, 30. Oktober 2003, <http://derstandard.at/Archiv>

PURKHART Markus (1998). Staatspolizei, Heeresnachrichtenamt und Abwehramt. Die österreichischen Geheimdienste aus der Perspektive parlamentarischer Transparenz und Kontrolle ; eine politikwissenschaftliche Analyse zur österreichischen, Universität Wien

REILE Oscar (1970) Frauen im Geheimdienst. Illertissen

SCHRAMM Wilhelm Ritter von (2002). Geheimdienste im Zweiten Weltkrieg. 6. Auflage, München

STEINER Eduard (2003). Der Ex- KGB siegt, in: Der Standard, 3. November 2003. <http://derstandard.at/Archiv>

WIECK Hans-Georg (1995). Demokratie und Geheimdienste. München, Universität Eichstätt

WÜRKNER Gerald (1991). Geheimdienste im Wandel. Die Methodenentwicklung des Geheimdienstwesens, Universität Wien

### **I. 3. Polizei:**

Begriffsdefinition: Teil der öffentlichen Verwaltung;

dient in erster Linie der Abwehr von Gefahren, durch die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht wird. (Brockhaus, 9.Auflage)

## **Polizei in Österreich**

18/1.SPG (Sicherheitspolizeigesetz): Auszüge:

### **Erste allgemeine Hilfeleistungspflicht**

**§19.** (1) Sind Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum von Menschen gegenwärtig gefährdet oder steht eine solche Gefährdung unmittelbar bevor, so trifft die Sicherheitsbehörden die erste allgemeine Hilfeleistungspflicht (...)

### **Aufgaben im Rahmen der Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit**

**§20.** Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit umfasst die Gefahrenabwehr, den vorbeugenden Schutz von Rechtsgütern, die Fahndung, die Kriminalpolizeiliche Beratung und die Streitschlichtung.

### **Vorrang der Sicherheit von Menschen**

**§28.** Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben haben die Sicherheitsbehörden und die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes dem Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen vor dem Schutz anderer Güter Vorrang einzuräumen.

## **Europäisches Polizeiamt (Europol)**

### **Ziel:**

Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur effektiveren Bekämpfung von Terrorismus, illegalem Drogenhandel und sonstigen schwerwiegenden Formen internationaler Kriminalität.

### **Inhalt:**

Europol hat den Auftrag, die Leistungsfähigkeit der zuständigen nationalen Behörden sowie deren Zusammenarbeit in einer ständig wachsenden Zahl von Bereichen zu verbessern:

- \* Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus
- \* Bekämpfung des illegalen Drogenhandels
- \* Bekämpfung des Menschenhandels
- \* Bekämpfung von Schleuserorganisationen
- \* Bekämpfung des illegalen Handels mit spaltbarem Material
- \* Bekämpfung des illegalen Kraftfahrzeughandels
- \* Bekämpfung der Fälschung des Euro
- \* Bekämpfung der Geldwäsche im Zusammenhang mit der internationalen organisierten Kriminalität

## **Bibliographie:**

Kodex: Strafrecht, 19. Auflage  
Der Brockhaus, 9. Auflage  
[www.europol.net](http://www.europol.net)

## **Polizeiübergriffe**

Das staatliche Gewaltmonopol delegiert an die Polizei das Recht und manchmal auch die Pflicht, Gewalt auszuüben. Als Organisation mit Gewaltlizenz besteht für weltweit jede Polizei die gemeinsame Problematik darin, dass Freiheiten zugleich geschützt und gefährdet und in der Praxis in unterschiedlichen Graden immer sowohl ermöglicht als auch verletzt werden. Ein Staat kann die zentrale Einrichtung, welcher er die Durchsetzung und Überwachung des Gewaltmonopols übertragen hat, nicht auf dieselbe Weise wie die Bereiche kontrollieren, die er mittels der Polizei zu kontrollieren versucht. Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols vorausgesetzt, ist das Phänomen jenseits der Grenze legitimer Rechtseingriffe als Kategorie des „Polizeiübergriffs“ zu deuten. Ein Polizeiübergriff kann als ein dienstliches Verhalten definiert werden, welches die Verletzung von Menschen- oder BürgerInnenrechten zur Folge hat. Diese Definition geht also über individuelle Verantwortlichkeit hinaus und entläßt den Staat nicht. Übergriffssituationen sind auch stets als Spiegelbilder des Polizeialltags zu sehen. So ist eine Polizeikultur, in der sich systemische bestimmende Faktoren für Polizeiübergriffe ausmachen lassen, eine Polizeikultur, in der das Spannungsfeld zwischen Menschen- und BürgerInnenrechten einerseits und polizeilicher Effektivität andererseits in Turbulenzen geraten ist. Auf diesem Nährboden gedeihen Dogmatismus, Zynismus, Sexismus, Rassismus und polizeiliche Subkulturen.

Einige Beispiele für Polizeiübergriffe werden im Amnesty International Jahresbericht für den Berichtszeitraum 2002 zu Österreich aufgezählt. Drei Polizeibeamte mussten sich im Zusammenhang mit dem Tod des nigerianischen Asylbewerbers Marcus Omofuma 1999 vor Gericht verantworten. Die österreichische Polizei sah sich erneut mit Vorwürfen über Misshandlungen und den Einsatz exzessiver Gewalt konfrontiert. Ein unbewaffneter, psychisch kranker Mann wurde von den Ordnungskräften erschossen.

## **ÖSTERREICH im ai-Jahresbericht 2003:**

### **„Der Tod von Marcus Omofuma**

Vor dem Landesgericht Korneuburg in Wien begann am 4. März ein Prozess gegen drei Polizeibeamte, die im Zusammenhang mit dem Tod von Marcus Omofuma wegen "Quälens eines Gefangenen mit Todesfolge" unter Anklage standen. Der 25 Jahre alte nigerianische Asylbewerber war am 1. Mai 1999 während seiner Abschiebung über Bulgarien nach Nigeria gestorben, nachdem man ihm einen Mundknebel angelegt und ihn gefesselt hatte. Am 15. April befand das Gericht die drei Polizisten des weniger schwerwiegenden Tatbestands der "fahrlässigen Tötung unter besonders gefährlichen Umständen" für schuldig und verurteilte sie zu jeweils achtmonatigen Bewährungsstrafen. Einige Gruppen der Zivilgesellschaft kritisierten das Urteil als zu milde. Für die drei Polizisten bedeutete es, dass sie im Polizeidienst verbleiben konnten.

## **Vorwürfe über Misshandlungen durch die Polizei**

Nach wie vor sah sich die Polizei mit Anschuldigungen konfrontiert, Häftlinge misshandelt und in unverhältnismäßiger Weise Gewalt gegen sie angewandt zu haben. Der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung gab im März seiner Besorgnis angesichts von "Vorwürfen über rassistische Zwischenfälle, in die Polizeibeamte und andere Staatsbedienstete verwickelt sind", Ausdruck.

Der Unabhängige Verwaltungssenat Wien sah es in einem Urteil vom 17. Oktober als erwiesen an, dass die Polizei den aus der Türkei stammenden Menschenrechtler Bülent Öztöplü im September 2001 während einer polizeilichen Operation "beschimpft, erniedrigt und exzessiv behandelt" hat. Bülent Öztöplü, ein Mitglied im österreichischen Menschenrechtsbeirat, war seinerzeit auf der Grundlage eines internationalen Haftbefehls, dessen Erlass mit einem Vorfall aus dem Jahr 1984 in Mannheim in Zusammenhang stand, von rund 20 bewaffneten Polizeibeamten der Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung festgenommen worden. Der Verwaltungssenat gelangte zu dem Schluss, dass Bülent Öztöplü in der Haft von einem Polizisten als "Drecksack" beschimpft worden war, als dieser seine Kollegen von der Mitgliedschaft des Gefangenen im Menschenrechtsbeirat unterrichtete. Als unnötig bezeichnete der Senat zudem, dass man Bülent Öztöplü gezwungen hatte, sich nackt untersuchen zu lassen. Ein Gericht in Mannheim sprach Bülent Öztöplü im Dezember von allen Anklagen frei, die zur Ausstellung des internationalen Haftbefehls gegen ihn geführt hatten. Bis Ende des Berichtsjahres war Bülent Öztöplü noch nicht wieder in den Menschenrechtsbeirat zurückberufen worden, der ihn kurz nach der Festnahme seiner Funktionen in dem Gremium enthoben hatte.

Am 15. März soll der Kongolese Kambowa Mutombo bei einer Personenkontrolle in Wien von Polizisten misshandelt und in rassistischer Weise beschimpft worden sein. Es hieß, die Beamten hätten den 25-jährigen Mann in den Polizeigriff genommen und ihn zu Boden geworfen, als er sich dagegen verwahrte, von ihnen als "dummer Nigger" bezeichnet zu werden. Auf der Straße liegend wurde er mit Fußtritten traktiert. Kambowa Mutombo erhob ferner den Vorwurf, auf der Wiener Polizeistation Favoriten hätten sich Beamte über ihn lustig gemacht, als er zwecks analer Körpervisitation nackt vor ihnen stand.

### **Schusswaffengebrauch durch die Polizei**

amnesty international rief die Behörden eindringlich auf, unverzüglich umfassende und unparteiische Ermittlungen zur Aufklärung des tödlichen Schusswaffeneinsatzes der Polizei gegen den 28-jährigen Binali Ilter einzuleiten, einen Kurden mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der unbewaffnete, an Schizophrenie leidende Mann war am 31. August auf einer Straße im Zentrum von Wien durch Schüsse tödlich verletzt worden. Er hatte seine Wohnung einige Stunden zuvor verlassen und sich barfuß auf den Weg in die Innenstadt gemacht. Am Nachmittag des 31. August betrat Binali Ilter ein Geschäft und verlangte von der Verkäuferin Geld. Als diese seiner Forderung nicht nachkam, schlug er ihr ins Gesicht. Die Polizei versuchte später, Binali Ilter festzunehmen. Als er auf die mehrfache Aufforderung der Beamten stehen zu bleiben nicht reagierte, sondern sie anschrie und auf sie zuging, zog einer der Polizisten seine Waffe und schoss ihm in die Schulter und den Bauch. Binali Ilter starb noch am selben Tag in einem Krankenhaus.

### **Update**

Am 4. Juni sprach das Bezirksgericht Wien-Fünfhaus einen Polizeibeamten von der Anklage frei, in fahrlässiger Weise den Tod des straftatverdächtigen Imre Bartos herbeigeführt zu haben. Das Gericht erkannte auf "Freispruch im Zweifel". Imre Bartos war im Mai 2000 von dem Polizisten mit dessen Privatwaffe erschossen worden, als der Beamte die Tür eines Fahrzeugs zu öffnen versuchte. In der Urteilsbegründung des Gerichts hieß es Berichten zufolge, der Schuss habe sich infolge eines unbeabsichtigten Greifreflexes der Hand, in der der Polizist die Waffe hielt, gelöst. Die beiden Söhne von Imre Bartos legten beim Unabhängigen

Verwaltungssenat Wien Beschwerde ein, über die bis Ende 2002 noch nicht entschieden war.“

**Quellen:**

<http://www.amnesty.at/cont/jahresbericht2003/jahresbericht2003ext.htm>

Herrnkind, Martin / Scheerer, Sebastian (Hg.) (2003) Die Polizei als Organisation mit Gewaltlizenz: Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle, Münster

Feheravy, Janos / Stang, Wolfgang (Hg.) (2001): Menschenrecht und Staatsgewalt, Wien

**I. 4. Militär:**

**Die Rolle des Militärs in den „Neuen Kriegen“**

**Disziplinierung und Professionalisierung versus Entdisziplinierung und Entprofessionalisierung**

Die Entwicklung des Militärs in Europa ist im Vergleich zu anderen Regionen der Erde sehr unterschiedlich verlaufen. Es wurde in einem länger währenden wechselseitigen Prozess nach und nach dem Staat eingegliedert. Damit verbunden war eine notwendig gewordene Disziplinierung und Professionalisierung der Gruppen. Es kam im Prinzip zu einer Verstaatlichung des Militärwesens, wobei hier vor allem auch ökonomische Aspekte von Bedeutung waren. Da aufgrund waffentechnologischer Weiterentwicklung Krieg, schwere Waffen und die Unterhaltung von Truppen immer teurer geworden waren, konnte die Finanzierung nur mehr von wirtschaftlich funktionierenden Staaten gewährleistet werden.

In den Krisenregionen der „neuen Kriege“ befindet sich der herkömmliche Typus der regulären Streitkräfte allerdings zunehmend im Niedergang. Das Militär hat die

alleinige Kontrolle über das Kriegsgeschehen verloren, das nunmehr anderen Gesetzen zu gehorchen scheint. Herfried Münkler spricht hier auch von Asymmetrie als einem typischen Merkmal der neuen Art der Kriegsführung. Darunter ist zu verstehen, dass diese nunmehr unter ungleichen Voraussetzungen geführt werden. Es ist für ihn kein Zufall, dass die „neuen Kriege“ sich vorwiegend dort ausgebreitet haben, wo es einerseits keine lang zurückreichenden Traditionen militärischer Disziplinierung gibt. Andererseits aber Formen der Gewaltanwendung bestehen, die fester Bestandteil der Lebensführung sind und den Praktiken des „kleinen Krieges“ ähneln. Besonders die steigende Zahl der Anwerbung von Jugendlichen und Kindern, die ohne vorherige langjährige disziplinierende Ausbildung mit automatischen Waffe versorgt und in den Kampf geschickt werden, führt zu einer Entprofessionalisierung und Entdisziplinierung des Militärs.

Ein weiterer Grund für diese Entwicklung liegt darin, dass der Staat oft nicht mehr seinen Verpflichtungen und Versprechungen nachkommen kann. Kürzungen der Verteidigungshaushalte, der Mangel an Ausrüstung, Ersatzteilen, Treibstoff und Munition sowie unzureichende Ausbildung lösen einen Verfall der militärischen Moral sowie allgemeinen Prestigeverlust aus. Darüber hinaus kann der Staat z.B. in zahlreichen afrikanischen Ländern nicht für einen regelmäßigen Sold garantieren. Die Truppen können daher nicht durch ein rechtlich geregeltes, staatliches Besteuerungssystem erhalten werden und sind dazu gezwungen nach alternativen Finanzierungsquellen zu suchen. Der Krieg bietet hier Finanzierung durch Erpressung, Plünderung und Raub und auch Militärs fügen sich in diese Kriegsökonomie ein. Aus Soldaten werden Plünderer, für die das Kriegsrecht oder wie auch immer geartete militärische Regelungen und Verpflichtungen keine Rolle mehr spielt. Militärs sind nunmehr gewollt oder ungewollt Bestandteil „neuer Kriege“ und bedienen sich ebenso wie paramilitärische Gruppierungen der Instrumentalisierung von Angst. Es wird „Angstmanagement“ betrieben, das von den Bewaffneten gegen die Unbewaffneten aufgebaut und organisiert wird.

Die Folge sind Disziplinlosigkeit und der Zusammenbruch der Befehlshierarchie. Dies führt zu Auflösungserscheinungen, zu einer Situation, in der Kommandeure in die

Rolle lokaler Kriegsherren schlüpfen. Dieses Phänomen wird vor allem dann begünstigt, wenn die militärischen Gruppen ohnehin bereits unterteilt waren, wenn es z.B. Grenztruppen, eine Präsidialgarde, eine Gendarmerie oder verschiedenste Arten innerer Sicherheitskräfte gegeben hat. So konnte z.B. Präsident Mobuto zuletzt nur noch seiner Leibwache Vertrauen schenken, der Rest des Militärs hatte sich bereits abgespalten.

Der Krieg sichert nun die Existenz seiner Akteure und nicht selten gelangen diese dabei zu beträchtlichem Vermögen. Damit sind die Militärs nicht nur Opfer zerfallender staatlicher Strukturen, sondern wirken z.T. aktiv daran mit - mit der Absicht sich persönlich zu bereichern. Voraussetzung dafür ist die Aufrechterhaltung einer dauerhaften Instabilität und Unsicherheit, wobei sich hier durchaus verfeindete Gruppierungen von Nutzen sein können. Macht, in politischer und militärischer Hinsicht, wird nunmehr ausgeübt, um die Möglichkeiten persönlicher finanzieller Bereicherung auszuschöpfen.

Politische und ökonomische, öffentliche und private, militärische und zivile Bereiche sind im Endeffekt jedoch kaum noch voneinander zu unterscheiden, ebensowenig, wie das Militär von anderen kriegsführenden Gruppierungen unterschieden werden kann. Die Streitkräfte haben ihre ursprüngliche Funktion und ihren Charakter als legitime Waffenträger eingebüßt, auch wenn sie noch unter dem Namen einer regulären Armee auftreten mögen.

### **Notwendige Voraussetzung militärischer Interventionen**

Nun wird allmählich klar, warum im Falle von militärischen Interventionen vorwiegend auf westliche und weniger auf in diesen Regionen ansässigen lokalen Streitkräfte zurückgegriffen wird, obwohl erstere im Prinzip die teurere Variante darstellen und mit den klimatischen und geographischen Gegebenheiten schlechter vertraut sind. Doch zur Befriedung innergesellschaftlicher Kriege eingesetzte Streitkräfte müssen besonders diszipliniert und resistent gegen Korruption sein. Andernfalls würden sie innerhalb kürzester Zeit den zahlreichen Verlockungen der Kriegsökonomien erliegen und somit selbst zu einem Bestandteil des jeweiligen Krieges werden. Beispiel dafür

war laut Münkler der Einsatz nigerianischer Truppen im Bürgerkrieg von Sierra Leone. Er zeigt den vergeblichen Versuch einer sogar mit UNO-Mandat versehenen Militärintervention. Den finanzkräftigen Bürgerkriegsparteien gelang es innerhalb kurzer Zeit, die Truppen zu korrumpieren und ihnen Waffen und Munition abzukaufen.

Es stellt sich jedoch insgesamt besehen die Frage, ob militärische Streitkräfte, und damit auch jene der westlichen Staaten, überhaupt geeignet für die Wiederherstellung von Recht und innerer Ordnung sind. Militärische Operationen eignen sich für sich alleine gesehen kaum dazu, Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Friedensordnung zu schaffen - hat doch das Militär meiner Ansicht nach auch nicht die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten. Der innere Frieden beruht auf bestimmten gesellschaftlichen Voraussetzungen, die in zahlreichen Staaten nicht gegeben sind und wohl auch durch ein völlig umgestaltetes Militär oder militärische Interventionen nicht hergestellt werden können.

#### **Quellen:**

Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M. 2000, S.144-176

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002